Artikel vom 27.11.2020 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 09:55 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/bundeskanzlerin-als-streitschlichter

Bundeskanzlerin als Streitschlichter



Foto: imago images/Christian Thiel

Im Streit mit dem Bundesumweltministerium um ein Insektenschutzgesetz hat Agrarministerin Julia Klöckner vergangene Woche das Bundeskanzleramt eingeschaltet. In einem Brief an Kanzleramtschef Prof. Helge Braun kritisiert Klöckner das Vorgehen von Bundesumweltministerin Svenja Schulze scharf. Im neuen Referentenentwurf würden keine der vom Bundeslandwirtschaftsministerium nach intensiven fachlichen Diskussionen mit dem Berufsstand vorgebrachten substanziellen Anmerkungen aufgegriffen. So enthalte der Entwurf nach wie vor Ergänzungen zum Bundesnaturschutzgesetz, die die Naturschutzaufgaben gegenüber dem Bodennutzungsinteresse zu stark betonten. Ferner sei im Entwurf eine Erweiterung der Flächenkulisse der Schutzgebiete vorgesehen, ohne dass Zahlen zur Flächenbetroffenheit vorhanden seien, moniert Klöckner. Daher seien die Folgen für die Landwirtschaft nicht absehbar. Weiterhin könne das Bundeslandwirtschaftsministerium keine Regelungen im Bundesnaturschutzgesetz mittragen, die die von einigen Bundesländern mühsam ausgehandelten Kompromisse zwischen der Landwirtschaft und dem Naturschutz wieder infrage stellten. Schließlich gebe es in dem Entwurf des Umweltressorts Regelungen zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln an Gewässern, obwohl das Bundeslandwirtschaftsministerium für den Bereich Pflanzenschutzmittel zuständig sei und Regelungen im Pflanzenschutzrecht in Aussicht gestellt habe. Alle aufgeführten Punkte würden im Gesetzentwurf ignoriert, heißt es in dem Brief. Eine angemessene

Berücksichtigung der berechtigten Belange der Landwirtschaft sei bei dieser Vorgehensweise nicht gewährleistet. So könne man nicht miteinander umgehen.

Angesichts der gerade erfolgten Anpassungen im Düngerecht und im Bereich Sauenhaltung sowie der aktuell kritischen Lage der Landwirtschaft durch die Folgen der Corona-Krise sowie des Auftretens der Afrikanischen Schweinepest (ASP) und der Vogelgrippe müsse die Bundesregierung sehr genau abwägen, welche weiteren Belastungen – auch noch ohne Folgenabschätzung – den Betroffenen in dieser Phase noch zugemutet werden könnten, mahnt Klöckner. Ohne eine angemessene Berücksichtigung der Belange der Branche, die für die Ernährung sorge und deshalb ganz bewusst als systemrelevant eingestuft worden sei, „wird uns dieses Vorhaben fachlich und politisch auf die Füße fallen“. *AgE*